

Zum Ausgang der Regional- und Departementwahlen 2021 im Elsass

Was bedeuten die Ergebnisse für die Zukunft des Elsass im Grand Est?

Gerd F. Hepp

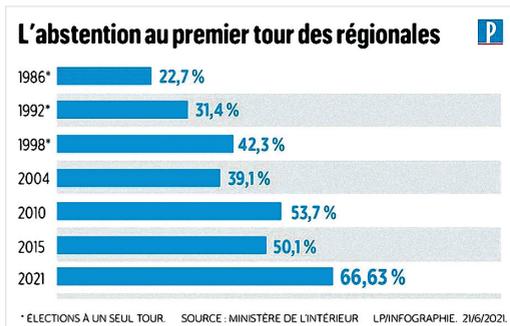
Am 20. und 27. Juni dieses Jahres wurden die Wähler in ganz Frankreich an die Urnen gerufen. In zwei Wahlgängen waren in einem gekoppelten Verfahren sowohl die Vertretungskörperschaften der Regionen, die Regionalräte (conseillers régionaux) als auch auf der Ebene der Departements, die Generalräte (conseillers départementaux) zu wählen. Eigentlich hätten diese Wahlen schon im März stattfinden sollen, sie waren wegen der Pandemie aber kurzfristig verschoben worden, zumal es in Frankreich keine Briefwahl gibt. Die Regionalwahlen waren für das Elsass bedeutsam, weil es auch um den Fortbestand der Megaregion Grand Est ging. Bei den Departementwahlen wurden erstmals die Departementsräte für die seit Jahresbeginn 2021 bestehende europäische Gebietskörperschaft Elsass gewählt.

Die nationale Ausgangssituation

Im zentralistischen Frankreich stehen Wahlen auf diesen nachgeordneten politischen Ebenen eher selten im Fokus der medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit. Dies war diesmal anders, da im April 2022 Präsidentschaftswahlen anstehen. Vor allem die Regionalwahlen wurden von den nationalen Parteien so auch als Testlauf für die Wahl des künftigen Staatsoberhaupts betrachtet. Macron hatte dafür gesorgt, dass 15 seiner Minister auf regionalen Listen von La République en Marche (LREM) ins Rennen gingen, zumeist als Listenführer. Dadurch hoffte er, die fehlende Verankerung seiner 2017 gegründeten politischen Bewegung in der Fläche zu kompensieren. Auch seine Gegenkandidatin Marine Le Pen vom Rassemblement National (RN) versuchte, die Regionalwahlen als Sprungbrett ins Präsidentenamt zu nutzen. Im Wahlkampf war sie be-

müht, ihre Partei vom Odium des Extremismus zu befreien und für die bürgerlichen Mittelschichten als wählbar erscheinen zu lassen. Die Meinungsumfragen sahen den RN im Aufwind. Allgemein wurde erwartet, dass die Rechtspopulisten im Gegensatz zu 2015, wo sie keine Region erobern konnten, diesmal in mehreren siegreich sein würden.

Doch es kam völlig anders. Überraschend hoch war die Wahlenthaltung, die im zweiten Wahlgang mit 65,7% einen historischen Tiefstand erreichte. Dass die Nichtwähler bei dieser Regionalwahl zur stärksten Partei avancierten, hat mehrere Gründe. Die Presse nannte zum einen die Pandemie, die den Wahlkampf auf Sparflamme hielt sowie die Furcht der Wähler vor einer möglichen Ansteckung beim Wahlgang. Ebenso eine allgemein grassierende Politikverdrossenheit, ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der politischen Klasse, die wie etwa der Protest der Gelbwesten gezeigt



Die Entwicklung der Wahlenthaltung seit 1986
(Quelle: Ministère de l'Intérieur)

hatte, als abgehoben und fern der Alltagssorgen der Bürger wahrgenommen wird.

Die hohe Wahlabstinenz ist auch darauf zurückzuführen, dass im französischen Zentralstaat die Regionen, die aus der Territorialreform von 2015 hervorgegangen sind, bei der Bevölkerung nach wie vor als Fremdkörper wahrgenommen werden. Viele haben in dem für Frankreich typischen System des mehrschichtigen Verwaltungswirrwars (»le mille-feuilles administratif«) auch nur eine sehr vage Vorstellung davon, wofür die Regionen eigentlich zuständig sind. Weit verbreitet ist ohnehin die Auffassung, dass sie lediglich Erfüllungsgehilfen des jakobinischen Zentralstaates sind, um dessen politische Entscheidungen nach unten zu übersetzen. In der Tat verfügen die Regionen im Vergleich zu den Schweizer Kantonen oder den deutschen Bundesländern nur über ein höchst bescheidenes Budget und sehr wenige Kompetenzen. Sie betreffen das regionale Transportwesen, den Bau und Unterhalt der Gymnasien, die berufliche Aus- und Weiterbildung, die regionale Raumplanung und die Wirtschaftsförderung. Diese Themen sind aber im Wahlkampf, in dem die nationalen dominierten, so gut wie gar nicht zur Sprache gekommen.

Im Ergebnis gab es zwei große Verlierer. Anders als prognostiziert konnte Le Pens RN

keine einzige Region erobern. Die Partei landete im 2. Wahlgang mit einem Anteil von 19,1 % aller Stimmen lediglich auf Platz 3 und verlor so deutlich gegenüber 2015 (27 %). Die hohe Wahlenthaltung der eigenen Stammwählerschaft dürfte der Hauptgrund gewesen sein. Niederschmetternd war aber das Ergebnis für Macrons LREM. Die kopflastige Partei, die vor allem die politische Klasse der Hauptstadt repräsentiert, konnte ebenfalls kein einziges Präsidentenamt erringen und landete mit 5,4 % der Gesamtstimmen weit abgeschlagen nur auf dem vierten Platz.

Auf der Gegenseite konnten die Linken (PS-Parti Socialiste und FI-La France Insoumise) ihre Position konsolidieren. Sie erreichten 24,1 % und errangen so erneut in 5 Regionen die Mehrheit. Auch die im Parteienspektrum links positionierten Grünen (EELV/Europe Écologie – Les Verts) bestätigten mit 11,3 % ihren Aufwärtstrend und wurden viertstärkste politische Kraft. Topgewinner war allerdings die rechtsbürgerliche Partei Les Républicains (LR), die mit 38,9 % aller Stimmen eine politische Renaissance erfuhr. Das konservative Lager dürfte somit bei den Präsidentschaftswahlen mit einem eigenen Kandidaten aussichtsreich ins Rennen gehen. Der ehemalige Arbeitsminister Xavier Bertrand, der mit großem Vorsprung die Wahl in der Region Hauts-de-France für sich entscheiden konnte, dürfte als bürgerlicher Repräsentant eines »front republicain« gegen Marine Le Pen auch für Macron zu einem ernsthaften Konkurrenten werden.

Die Regionalwahl im Elsass – die Diskussion um die Zukunft des Grand Est

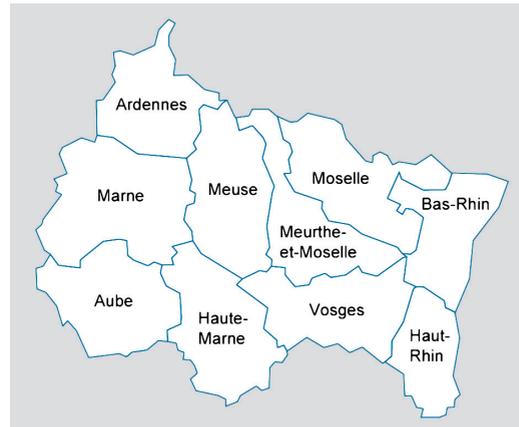
Anfang 2016 war durch die von Paris aus oktroyierte Territorialreform die Megaregion



Das Buch von Michel Naudo über die Zwangsfusion ist im Mai 2021 erschienen

Grand-Est entstanden. Die ehemaligen Regionen des Elsass, der Champagne-Ardenne und Lorraine wurden zwangsfusioniert. Vor allem im Elsass hat dieser Willkürakt eine massive Protestwelle ausgelöst, die bis heute nachwirkt. Eine im Dezember 2019 vom nationalen Umfrageinstitut IFOP durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass zwei Drittel der Bevölkerung (68 %) den Austritt des Elsass aus dem Grand Est und stattdessen die Wiederherstellung der ehemaligen Région Alsace befürworteten. Insofern galt diese Regionalwahl auch als erster Härte-test, den die Region nach 6 Jahren zu bestehen hatte. Von den neuen Mehrheitsverhältnissen im Regionalrat würde es abhängen, ob es zu einer Konsolidierung der Großregion oder zu einer Forcierung der Auflösungsdebatte kommen würde.

Das Wahlverfahren schreibt eine Listenwahl vor, wobei die Parteien in jeder der 9



Übersicht über die neun Départements (Wahlbezirke). Die Départements Haut Rhin (68) und Bas Rhin (67) bestehen als staatliche Verwaltungsbezirke in der neuen Gebietskörperschaft CeA weiter, bilden jetzt aber einen einzigen Wahlbezirk.

Departements jeweils eine Liste präsentieren müssen. Jede Kandidatenliste muss im ersten Wahlgang mindestens 10 % der Stimmen in den 9 Départements des Grand Est erreichen, um sich für den zweiten Wahlgang zu qualifizieren. Diese Hürde schafften von neun Listen nur vier, die auch im 2. Wahlgang getrennt ins Rennen gingen. Der seit 2017 amtierende Regionalpräsident, Jean Rottner (LR), stellte sich als Listenführer einer Mitte-Rechts Formation (UCD-Union au centre et à droite) zur Wiederwahl. Als Bürgermeister von Mulhouse hatte er die Territorialreform anfänglich aufs schärfste bekämpft, dann aber die Fronten gewechselt, wofür er bis heute von den Gegnern des Grand Est im Elsass immer wieder angefeindet wird. Durch provokative Auftritte und Aktionen hat er seitdem immer wieder die elsässischen Befindlichkeiten ignoriert. So etwa durch den Versuch, ein völlig geschichtsfremdes und künstliches Identitätsbewusstsein für den Grand Est zu implantieren. Die Etablierung der europäischen Gebietskörperschaft Elsass (CeA-Collectivité



Wahlplakat bei den Regionalwahlen (1. Wahlgang)



Die vier Listenführer im zweiten Wahlgang – v.l.n.r.: B. Klinkert, J. Rottner, E. Romani, L. Jacobelli

européenne d'Alsace) lehnte er rundweg ab. Forderungen von elsässischen Politikern, bestimmte Kompetenzen des Grand Est an die neue Gebietskörperschaft abzutreten, hat er stets kompromisslos zurückgewiesen. Sechs aus dem Elsass stammende Regionalräte des LR hatten ihm deshalb die Gefolgschaft verweigert und waren ins Lager der Opposition gewechselt.

Als prominente elsässische Gegenspielerin Rottners hatte sich im Wahlkampf Brigitte Klinkert positioniert. Die ehemalige Präsidentin des Departementsrates Haut Rhin, Enkelin des legendären Colmarer Oberbürgermeisters Joseph Rey, war im Juli 2020 einem Ruf von Premierminister Castex gefolgt. Sie wurde in Paris beigeordnete Ministerin im Arbeitsressort und verließ die Republikanische Partei, der sie bislang angehört hatte. Auf Drängen Macrons erklärte sie sich bereit, für dessen Regierungsmehrheit unter dem Etikett »Divers Centre« bei der Regionalwahl als Listenführerin zu kandidieren. Klinkert, die sich früher klar für einen Austritt des Elsass ausgesprochen hatte, mußte sich nun in Zurückhaltung üben. Macron hatte drei Wochen vor der Wahl eine Auflösung des Grand Est kategorisch ausgeschlossen, die elsässischen An-

sprüche sah er mit der Schaffung der CeA als erfüllt an. Im Wahlkampf setzte die Ministerin deshalb behutsamere Akzente. Sie sprach sich für eine forcierte Dezentralisierung (»choc de décentralisation«) der Großregion aus, die eine Reihe von Kompetenzen an die drei ehemaligen Regionen zurückgeben sollte. Diese sollten auch einen beigeordneten Präsidenten als Sachwalter ihrer Interessen erhalten und zusätzlich schlug sie vor, in den früheren Regionen ein Referendum über den Fortbestand des Grand Est abzuhalten.

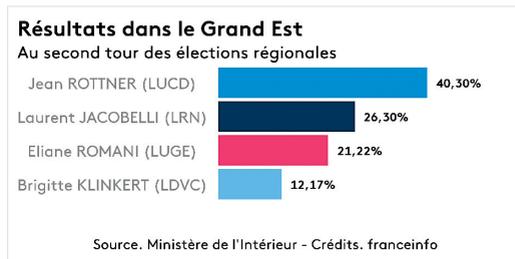
Im Gegensatz zu diesem Dezentralisierungsprogramm hatte die rechtspopulistische Partei RN bislang eher im Ruf gestanden, zentralistische Auffassungen zu vertreten. Man war im Elsass daher überrascht, dass ihr Listenführer Laurent Jacobelli im Wahlkampf nun ebenfalls die Wiederherstellung der drei ehemaligen Regionen forderte. Dabei hatte Marine Le Pen schon am 8. Juni auf einer Pressekonzferenz die Territorialreform von 2015 als technokratisch und unhistorisch kritisiert. Sie versprach den Elsässern sogar, sie werde ihnen das Elsass zurückgeben. Wie Klinkert plädierte nun auch Jacobelli für die Einsetzung von drei Vizepräsidenten und ein dezentrales Budget. Diese Forderungen kontrastierten

wiederum mit dem Programm der Liste, die von der grünen Politikerin Eliane Romani angeführt wurde. Getragen wurde dieses linksorientierte Bündnis von den Parteien der EELV (Europe Écologie–Les Verts), den Sozialisten (PS-Parti socialiste) und den Kommunisten (PCF-Parti communiste français). Diese Gruppierung einte ein klares Bekenntnis zur Großregion, von der man sich in der Fläche eine größere Effizienz bei der Lösung der Probleme der Umwelt, des Naturschutzes und der sozialen Gerechtigkeit versprach.

Wahlergebnis und Auswirkungen

Die Wahlenthaltung im Grand Est lag mit 69,7 % sogar noch um 4 % über dem nationalen Durchschnitt. Klarer Wahlsieger auf dieser dünnen Legitimationsbasis war Jean Rottner, der mit 40,3 % seinen Vorsprung aus dem ersten Wahlgang (27,1 %) deutlich ausbauen konnte. Er verfügt somit im neuen Regionalrat mit 94 von 169 Sitzen über eine klare Mehrheit. Weit abgeschlagen folgte auf dem zweiten Platz mit 26,3 % die Liste von Laurent Jacobelli (RN), der 33 Sitze erhielt. Die Liste von Eliane Romani kam mit 21,22 % auf Platz drei und gewann so 27 Sitze. Damit schaffte die grüne Bewegung erstmals den Sprung in den Regionalrat, allerdings mit Unterstützung durch zwei Linksparteien. Weit abgeschlagen landete dagegen Brigitte Klinkert, die im ersten Wahlgang nur knapp die 10 % Hürde geschafft hatte, mit nur 12,17 % aller Stimmen auf dem letzten Platz, so dass sie im künftigen Regionalrat mit ihrer zentristischen Parteiformation nur über 15 Sitze verfügen wird.

Was bedeutet dieses Ergebnis für die Zukunft des Elsass im Grand Est? Der klare Erfolg Rottners, der im zweiten Wahlgang selbstbewusst auf eine Fusion mit einer an-



Wahlergebnis (Quelle: Ministère de l'Intérieur)

deren Liste verzichten konnte, steht für einen Rückschlag der Gegner der Großregion. Rottner punktete vor allem in den alten Regionen Lothringen und Champagne-Ardenne, kam aber auch im Elsass auf einen Stimmenanteil von 37,3 %, während seine Konkurrentin Klinkert sich hier mit 20,6 % begnügen mußte. Hinzu kam, dass auch Jacobelli, der sich als erklärter Gegner der Megaregion positioniert hatte, nur ein Viertel der Gesamtstimmen für sich verbuchen konnte. Insgesamt muss man somit das Wahlergebnis als eine Konsolidierung des Grand Est werten.

Was sind die Gründe? Rottner nutzte geschickt seinen Amtsbonus, vor allem außerhalb des Elsass, wo er die meisten Stimmen erhielt. Ihm kam zugute, dass er sich im pandemiegebeutelten Grand Est den Ruf eines effizienten Krisenmanagers erworben hatte, der auch den Konflikt mit Paris nicht scheute. Er führte einen gut organisierten Wahlkampf, konnte sich auf eine solide Parteiorganisation stützen, genoss die Gunst wirtschaftlicher Kreise und war, medial sehr gut inszeniert, überall vor Ort stets präsent. Im Elsass, wo er Boden gut machen musste, ließ er in allen Haushalten einen Werbeflyer verteilen, der die Namen von 92 Bürgermeistern aus dem Bas-Rhin und von 72 aus dem Haut-Rhin als Unterstützer auflistete. Da die Gemeinden erheblich auf die Subventionen der Region angewiesen sind, war dies ein werbewirksamer Schachzug. Erklär-

bar ist diese Vorgehensweise wohl am ehesten mit dem typisch elsässischen Opportunismus, wie ihn schon Gustave Stoskopf 1898 in seinem Theaterstück »D' Herr Maire« karikiert hatte.

Für die Kritiker des Grand Est war die Ausgangssituation weit schwieriger. Jacobellis RN litt wie in ganz Frankreich unter der schwachen Mobilisierung der Stammwählerschaft. Auffallend war, dass die Rechtspopulisten im Elsass mit nur 19,1 % der Stimmen weit unter ihrem Anteil in der Gesamtregion blieben. Offenkundig begegnete man im Elsass dem Versprechen des RN, die alten Regionen wiederherzustellen, überwiegend mit Misstrauen. So war in der elsässischen Öffentlichkeit immer wieder die Einschätzung zu hören, die Partei habe in der Vergangenheit ausgeprägte zentralistische Positionen vertreten, es gehe ihr weniger um einen echten Regionalismus als vielmehr um eine Stärkung der Departements als wichtigste Stütze in einem vertikalen Staatsaufbau.

Am schwierigsten war jedoch die Ausgangssituation für Brigitte Klinkert, obwohl sie sich in ihrer langen politischen Tätigkeit den Ruf einer Vorkämpferin der elsässischen Interessen erworben hatte. Das Zustandekommen der europäischen Gebietskörperschaft Elsass war ihr Hauptverdienst. Zusammen mit ihrem Kollegen Frédéric Bierry aus dem Bas Rhin hatte sie die Regierungsverhandlungen in Paris geführt. Großes Ansehen erwarb sie auch, als sie auf dem Höhepunkt der Covid 19 Krise im Elsass ein erfolgreiches grenzüberschreitendes Krisenmanagement organisierte. Aber trotz alledem hat ihre Entscheidung, den Vorsitz des Departementsrates Haut Rhin aufzugeben und das Ministeramt in Paris anzunehmen, ihr im Elsass viele Sympathien gekostet. Allzu oft hat man im Elsass in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass die eigenen Politiker in Paris sich aus Karrieregründen dem dortigen zentralistischen Politikbetrieb

opportunistisch unterwerfen und die elsässischen Interessen auf der Strecke bleiben. Das Argument der Ministerin, sie könne dort mehr als vom Bas Rhin aus für das Elsass erreichen, wurde zu Hause kein Glauben geschenkt. Vielmehr wurde sie im Wahlkampf als Statthalterin Macrons, als »Makronistin« beschimpft, zumal auch drei Abgeordnete der LREM auf ihrer Liste standen. Nachteilig war auch, dass sie erst sechs Wochen vor der Wahl ihre Kandidatur erklärte, zeitlich viel zu knapp, um einen effektiven Wahlkampf führen zu können. Schließlich war trotz ihres Ministeramtes ihr Bekanntheitsgrad außerhalb des Elsass eher gering geblieben. Als Repräsentantin der präsidentiellen Mehrheit konnte sie zudem auch nicht, anders als ihr Gegenpart Rottner, auf eine vor Ort präzente, sie unterstützende lokale Parteiorganisation, zurückgreifen.

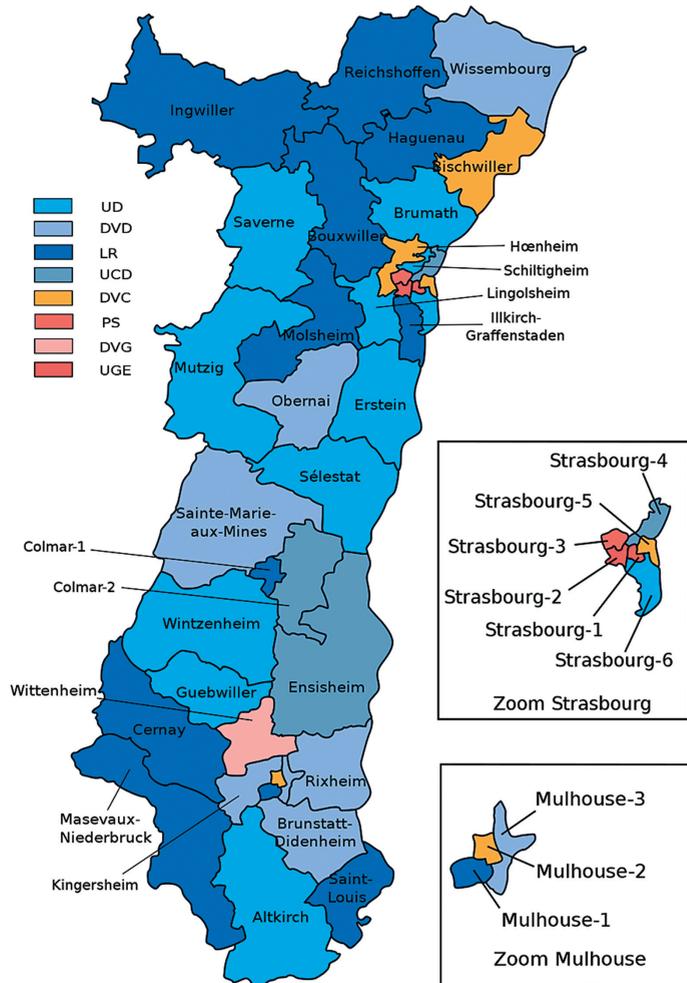
Die Departementswahlen im Elsass

Zu Beginn des Jahres 2021 hatte sich in einem feierlichen Gründungsakt in Colmar die neue europäische Gebietskörperschaft Elsass



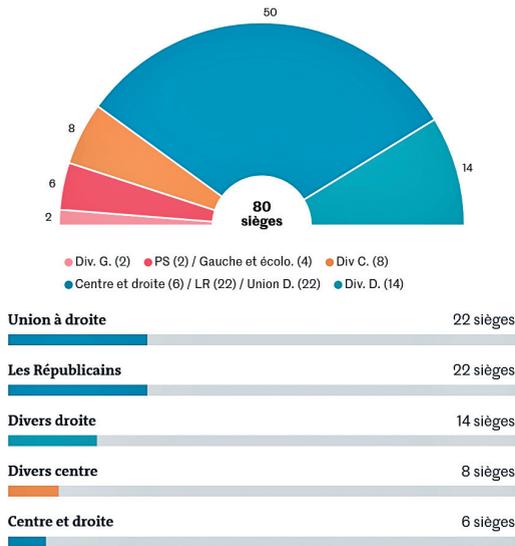
Die Region Grand Est und ihr Präsident Jean Rottner sind nicht erfreut über die Geburt der CeA, um so mehr dagegen Brigitte Klinkert und Frédéric Bierry – im Hintergrund (Zeichnung: Yannick Lefrançois)

(CeA-Collectivité européenne d'Alsace) als originäre Neuschöpfung konstituiert. Hervorgegangen ist sie aus einer Fusion der beiden Départements Haut-Rhin (68) und Bas-Rhin (67). Entstanden ist so ein Superdepartement, sozusagen ein Département mit einem besonderen Status. Zu wählen waren in der neuen Institution jetzt nicht mehr zwei Departementsräte, sondern ein Conseil d'Alsace. Dies klingt nach Region, obwohl es sich um eine solche nicht handelt, andererseits hebt das Namensetikett symbolträchtig die elsässische Besonderheit hervor. Die neue Gebietskörperschaft muss man als eine eher unfreiwillige Konzession der Regierung betrachten, die dadurch hoffte, die massive Unzufriedenheit der elsässischen Bevölkerung mit der Großregion zu besänftigen. Sie implizierte die Erwartung, durch dieses institutionelle Zugeständnis auch die Existenz des Grand Est dauerhaft konsolidieren zu können. Neben den bisherigen Aufgaben eines Départements, vor allem im Bereich der Sozialhilfe, der Verwaltung der Straßen, dem Bau und Unterhalt der Collèges, hat die neue Gebietskörperschaft einige zusätzliche Kompetenzen erhalten. Diese beinhalten insbesondere die Förderung der Regionalsprache und der Regionalkultur sowie eine »Leitfunktion« beim Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Damit wurde die Besonderheit des Elsass gewürdigt, auch



Karte der Gewählten in den 40 Kantonen, 46 im Département Bas Rhin, 34 im Département Haut Rhin (Quelle: Wikimedia Commons)

wenn der Staat der neuen Gebietskörperschaft keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung stellen wird. Die sich daraus ergebenden Gestaltungsspielräume zu nutzen wird nun eine Herausforderung bedeuten, der sich der neu gewählte Conseil d'Alsace künftig zu stellen haben wird. Diese Entwicklung wird jedoch im Grand Est durchaus mit Argwohn verfolgt, vor allem von den Regionalräten aus den beiden anderen ehemaligen Regionen, die den Sonderstatus des Elsass als eine un gerechtfertigte Privilegierung beklagen.



Die Sitzverteilung im neugewählten Conseil d'Alsace. Die Querbalken in der Grafik bilden die künftige Mehrheit ab.

In den 40 Kantonen der CeA waren auf der Grundlage des geltenden paritätischen Wahlgesetzes jeweils ein sogenanntes Binom, d. h. paarweise eine weibliche Rätin und ein männlicher Rat zu wählen. Der neue Conseil d'Alsace zählt so insgesamt 80 Mitglieder, so viele wie früher die beiden Departements zusammen. Da es sich um eine »historische« Wahl handelte, hoffte man auf entsprechenden Rückenwind durch das Wahlvolk. Die Wahlenthaltung von 70 % bescherte der lokalen Politik aber ein legitimatorisches Desaster. Offenkundig fremdelt die elsässische Wahlbevölkerung nicht nur mit der Großregion sondern auch mit der neuen Gebietskörperschaft. Angetreten waren überwiegend die gleichen politischen Formationen wie bei den Regionalwahlen. Deutlicher Sieger war das politische Mitte-Rechts Spektrum, das 72 der insgesamt 80 Sitze erringen konnte. Schlechter als erwartet schnitten mit 6 Sitzen die sich seit den Kommunalwahlen im Aufwärtstrend befindenden Grünen ab, während



Ansprache von Premierminister Castex am 24. Januar in Colmar (Zeichnung: Yannick Lefrançois)

die Sozialisten (PS), bisher mit 6 Sitzen vertreten, sogar nur noch 2 Sitze für sich verbuchen konnten.

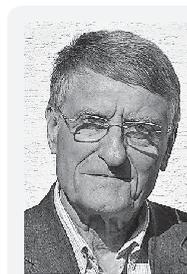
Die Hauptverlierer der Wahl waren die gleichen wie bei der Regionalwahl. Kein einziges Binom der Rechtspopulisten (RN) konnte sich in der Stichwahl behaupten, die Präsidentenpartei LREM gewann lediglich 2 Sitze. Auch die einzige Regionalpartei des Elsass, Unser Land, die in 21 Kantonen angetreten war, konnte keinen einzigen Sitz erobern. Dabei hatte sie 2015 bei den Departementswahlen durch erhebliche Stimmengewinne für Schlagzeilen gesorgt. Sie gewann bereits im ersten Wahlgang nur 6 % aller Stimmen, obwohl sie wie keine andere Partei sich dezidiert für einen Austritt des Elsass aus dem Grand Est, die Wiederherstellung einer Région Alsace und die Gewährung eines besonderen Statuts (statut particulier) für das Elsass nach dem Vorbild Korsikas ausgesprochen hatte. Offenkundig hat der Partei, die den Autonomiegedanken propagiert, das Etikett »autonomistisch«, das ihr von den nationalen Parteien und den Medien aufgedrückt wird, geschadet. Dies ist in Frankreich riskant, denn Autonomismus wird in der Sprache eines jakobinisch geprägten political correctness mit Radikalismus, wenn nicht sogar einer Tendenz zum

Separatismus assoziiert, während der Begriff Regionalismus politisch als unverdächtig gilt.

Gewinner der Wahl waren dagegen die beiden Wegbereiter der CeA. Frédéric Bierry (LR), der seit Januar kommissarisch als Vorsitzender des Conseil d'Alsace amtierte, erreichte mit seinem Binom im Kanton Mutzig 78,5%. In der ersten Sitzung des neugewählten Gremiums wurde er für die neue Amtsperiode bis 2028 als Ratsvorsitzender inzwischen wiedergewählt. Ministerin Brigitte Klinkert (DIC), die zusammen mit Éric Straumann (LR), dem Bürgermeister von Colmar, ein Binom gebildet hatte, errang im Kanton Colmar 2 mit 75% ebenfalls ein ausgezeichnetes Ergebnis, das ihre politische Rolle in der neuen Gebietskörperschaft erheblich stärken dürfte.

Wie es mit dem Elsass institutionell weitergehen wird ist gegenwärtig nicht vorhersehbar. Viele Kritiker der Großregion betrachten die CeA nur als eine Übergangsstufe zur Wiederherstellung einer Région Alsace. Diese Einschätzung wurde auch beflügelt durch eine Ansprache von Premierminister Castex, die er im Januar 2021 vor dem neu etablierten Conseil d'Alsace in Colmar gehalten hatte. Er bezeichnete dort ganz allgemein die Schaffung der Großregionen als eine gravierende Fehlentscheidung, als einen Verstoß gegen das Prinzip der Bürgernähe und betonte – ohne das Elsass namentlich zu erwähnen – dass einige Regionen sich zudem auch auf keinerlei historische Legitimität stützen könnten. Dieses für die Elsässer völlig überraschende Statement wurde von den Kritikern des Grand Est als unverhohlener Aufruf des Regierungschefs zur Zerschlagung desselben interpretiert. Bierry hatte nach der Wahl direkt daran angeknüpft und in seiner ersten Rede vor dem neugewählten Conseil d'Alsace seine schon zuvor geäußerte Absicht bestätigt, ein Referendum abhalten zu wollen,

in dem die elsässische Bevölkerung über einen Austritt aus dem Grand Est befragt werden sollte. Abgesehen von den dabei noch zu klärenden rechtlichen Verfahrensfragen sind aber auch die politischen Hürden recht hoch. Die Republikanische Partei, der sowohl Rottener wie Bierry angehören, ist in der elsässischen Frage gespalten, wobei sich der Riss weniger in den Institutionen selbst als zwischen den beiden, zwischen Conseil régional und Conseil d'Alsace manifestiert. Eine einheitliche Linie zu finden ist schwierig und kann zu einer Zerreißprobe führen. Eine Auflösung des Grand Est wird zudem auch nicht gegen den Widerstand der beiden anderen alten Regionen möglich sein. Klinkert hatte realistischere daher ein Referendum auch in den ehemaligen Regionen Lothringen und Champagne-Ardenne vorgeschlagen. Doch die Entscheidung über die Auflösung selbst kann nur auf der nationalen Ebene fallen. Dort entscheidet das Parlament, im Regelfall also die Regierungsmehrheit und die sie tragenden nationalen Parteien. Nach der Präsidentschaftswahl und den im Juni 2022 folgenden Parlamentswahlen werden die politischen Karten neu gemischt, nach Lage der Dinge wird eine Entscheidung wohl aber nicht vor 2028 fallen können, da das Mandat des neu gewählten Regionalrats erst im März 2028 endet.



Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Gerd F. Hepp
Speckbacherweg 14
79111 Freiburg
E-Mail: gfhepp@arcor.de